

Grünliberale Partei Schweiz
Laupenstrasse 2, 3008 Bern

Bundesamt für Kommunikation
Abteilung TP
Zukunftstrasse 44
2501 Biel

Per E-Mail an: tp@bakom.admin.ch

31. März 2016

Ihr Kontakt: Michael Köpfl, Generalsekretär, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Änderung des Fernmeldegesetzes:

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Änderung des Fernmeldegesetzes. Wir nehmen in dieser ersten Phase zu zwei Punkten wie folgt Stellung:

Netzneutralität

Die Netzneutralität schützt die Innovationskraft der Internetbranche und hält den Marktzugang für KMU offen. Beides ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die vorgesehenen Änderungen hinsichtlich der Netzneutralität sind deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Sie gehen aber zu wenig weit. In der Schweiz wurde das Prinzip der Netzneutralität bereits verschiedentlich verletzt, sei es durch die Beeinflussung von Märkten für Internetdienste aus Eigeninteresse oder durch Eingriffe in die Priorisierung von Datenströmen. Die Entwicklungen in diesem Bereich schreiten rasch voran und noch drastischere Verletzungen der Netzneutralität sind wohl nur eine Frage der Zeit. Angesichts der bereits existierenden Verletzungen der Netzneutralität, muss entweder die bestehende Branchenlösung verbessert werden oder es braucht eine gesetzliche Verankerung. Die Grünliberalen verlangen in diesem Zusammenhang die Prüfung einer Ko-Regulierung: Kommt auch in Zukunft keine Branchenlösung zustande, die Verletzungen der Netzneutralität verhindert, hat der Staat die gesetzliche Grundlage für eine entsprechende Regulierung. Diese müsste so ausgestaltet sein, dass sie die Netzneutralität gewährleistet, Investitionen in neue Technologien aber nicht behindert.

Roaming

Die Roamingpreise sind in der Schweiz zwar höher als im europäischen Umfeld, aber in den letzten Jahren rasch und stark gefallen. Eine weitere Verbesserung ist notwendig, jedoch aufgrund der bisherigen Entwicklungen absehbar. Ein Handlungsbedarf für eine gesetzliche Regulierung ist hier deshalb nicht gegeben. Aus ordnungspolitischen Gründen lehnen die Grünliberalen weitere Eingriffe ab.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Bäuml
Parteipräsident



Michael Köpfl
Generalsekretär